



Für die nächste Sitzung des Europäischen Rates, steht die Frage auf der Tagesordnung, ob mit dem Balkanstaat Illyrien Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden sollen.

Illyrien ist ein südosteuropäisches Küstenland an der Adria. Mit einer Fläche von knapp 30.000 Quadratkilometern ist es etwas kleiner als Belgien. Die Bevölkerungsgröße entspricht mit 2,8 Millionen etwa der Litauens. Der Name des Landes leitet sich ab von den Illyrern, die in der Antike den westlichen Balkan besiedelt haben sollen.

Nach der italienisch-deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg entwickelte sich Illyrien zu einer sozialistischen Volksrepublik, die zunächst enge Beziehungen mit der Sowjetunion pflegte, diese jedoch 1960 abbrach. Auslandskontakte waren für die Bevölkerung von da an nicht zulässig, das Land war komplett isoliert.

Erst 1990 erzwangen Massendemonstrationen eine Öffnung des Landes. Nach den ersten freien Wahlen 1992 verlief die Einführung von Demokratie und Marktwirtschaft zunächst chaotisch. 1997 entsandte die UN auf Bitten der illyrischen Regierung eine Schutztruppe, um ein Abgleiten in die Anarchie zu verhindern. Seit der Verabschiedung einer neuen Verfassung konnten staatliche Strukturen verbessert und der Bildungssektor massiv ausgebaut werden.

Große Probleme bereitet nach wie vor die Infrastruktur - gerade ländliche Regionen sind kaum erschlossen, Stromausfälle sind Alltag. Die sehr junge Bevölkerung (Durchschnittsalter: 30 Jahre) zieht massenhaft in die schnell wachsenden Städte. Fehlende Perspektiven veranlassen auch viele junge Illyrerinnen und Illyrer, sich in die EU durchzuschlagen und dort eine Zukunft zu suchen.

Ein großer Teil der Bevölkerung arbeitet nach wie vor in der Landwirtschaft, allerdings vor allem zur Selbstversorgung. Am besten entwickelt sich seit etwa zehn Jahren der Tourismussektor, für den die bisher kaum erschlossene illyrische Adriaküste hervorragende Bedingungen bietet.

Unerschlossene Gebirgsregionen, Tunnel und Bunker sind Ausgangsort und Rückzugsbasis europaweit aktiver Verbrecherbanden, im Bereich von Drogen- und Menschenhandel.

Mit dem Ziel, das Land zu stabilisieren und ihm beim schwierigen Aufbau zu helfen, unterhält die EU seit gut 20 Jahren intensive Beziehungen zu Illyrien. 2003 wurde dem gesamten Westbalkan eine EU-Mitgliedschaft in Aussicht gestellt. 2009 trat ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit Illyrien in Kraft, und das Land stellte einen Antrag auf Vollmitgliedschaft in der EU. Im selben Jahr erfolgte der Nato-Beitritt. 2014 wurde Illyrien von der EU als Beitrittskandidat anerkannt. Nun, ein Jahr danach, hat der Europäische Rat zu entscheiden, ob offizielle Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden sollen.

Einerseits herrscht seitens der EU Besorgnis, dass die mühsam erreichte Stabilisierung der Region gefährdet werden könnte, wenn die Bevölkerung keine weiteren Fortschritte bei der Heranführung an die EU sieht. Diese möchte Illyrien und den Nachbarländern gerade in Zeiten von Spannungen mit Russland eine glaubhafte europäische Perspektive vor Augen führen.

Andererseits wurden die Entscheidungsprozesse in der EU durch die vorherigen Erweiterungen bereits komplizierter. Zudem gibt es in zahlreichen Mitgliedstaaten Vorbehalte gegen die Aufnahme neuer Staaten. Vor allem die Aussicht auf die Freizügigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie einen möglichen Verzicht auf Grenzkontrollen im sogenannten Schengen-Raum führt in der deutschen Bevölkerung zu Ängsten.

Einige Europapolitiker des Bundestages aus den Reihen der großen Koalition haben nun einen Antrag entworfen, der der Bundesregierung eine bestimmte Verhandlungsposition aufträgt.



Nach Artikel 49 des Vertrags über die Europäische Union (dem der Bundestag so zugestimmt hat) kann jeder europäische Staat beantragen, Mitglied der Union zu werden, vorausgesetzt er beachtet folgende Grundsätze: Freiheit, Demokratie, Menschenrechte, die Grundfreiheiten sowie Rechtsstaatlichkeit (Artikel 2 EUV). Der Beitritt kann jedoch nur vollzogen werden, wenn das Land alle Beitrittskriterien erfüllt, die 1993 durch den Europäischen Rat in Kopenhagen festgelegt wurden. Diese Kriterien beinhalten:

- Politisches Kriterium: „Institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten“
- Wirtschaftliches Kriterium: „Eine funktionsfähige Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der EU standzuhalten“
- Acquis-Kriterium: Die Fähigkeit, alle Pflichten der Mitgliedschaft – d.h. das gesamte Recht sowie die Politik der EU (den sogenannten „Acquis communautaire“) – zu übernehmen

Inzwischen wird gerade durch den Deutschen Bundestag häufig argumentiert, dass die Kopenhagener Kriterien implizit auch voraussetzen, dass die Europäische Union selbst aufnahmefähig sein muss.

Heranführungsstrategie

Allen Ländern des westlichen Balkans wurde die Mitgliedschaft in der Europäischen Union in Aussicht gestellt. Um die Region vorzubereiten, wurde eine Heranführungsstrategie entwickelt. Sie umfasst als ersten Schritt Assoziierungsabkommen, die für die Balkanstaaten „Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen“ heißen und auf die besonderen Bedingungen in diesem Teil Europas abgestimmt sind. Mit Illyrien trat ein solches Abkommen 2009 in Kraft.

Die Aufnahme von Verhandlungen

Um Illyrien für die bis dahin erreichten Transformationserfolge zu belohnen und auf dem weiteren Weg zu ermutigen, wurde das Land durch Beschluss der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union im Jahr 2014 offiziell als Beitrittskandidat anerkannt. Diesem eher symbolpolitischen Schritt folgt als Nächstes die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen, über die nun zu entscheiden ist. Der erforderliche Beschluss wird von den Staats- und Regierungschefs der EU nach Anhörung der Kommission und des Europäischen Parlaments gefasst.

Der Bundestag kann Einfluss auf das Verhalten der Bundesregierung nehmen, indem er sie in einem Antrag auffordert, sich für oder gegen die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen einzusetzen. Er kann auch Ziele und Interessen benennen, die in möglichen Verhandlungen verfolgt werden sollen.

Ratifizierungsprozess und Beitritt

Sobald die Verhandlungen über alle Kapitel abgeschlossen sind, werden die Ergebnisse in einem Entwurf für einen Beitrittsvertrag festgehalten, der zwischen dem Rat der EU und den Beitrittsländern vereinbart wird. Der endgültige Beitrittsvertrag wird nach Unterzeichnung den Mitgliedsstaaten sowie dem betroffenen Bewerberland zur Ratifizierung übergeben.

In jedem beteiligten Staat erfolgt eine Ratifizierung nach den verfassungsrechtlich vorgegebenen Verfahrensregeln. In Deutschland ist eine Zustimmung von Bundestag und Bundesrat erforderlich. Dies bedeutet, dass sich der Bundestag auch bei Erteilung eines Mandats, Verhandlungen zuzustimmen, das Recht vorbehält, am Ende über das Ergebnis zu entscheiden.

Antrag

einer Gruppe von Abgeordneten der Fraktionen der CVP und der APD

Durch Heranführung Illyriens an die Europäische Union die Stabilität Südosteuropas stärken

Der Deutsche Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die Stabilisierung des Westbalkans, der Abbau von Spannungen zwischen den dortigen Staaten und die Integration der Gesamtregion in die Europäische Union ist eine vordringliche Aufgabe für die nächsten Jahre.
2. Nach entsprechender Vorbereitung muss es gelingen, dass sämtliche Staaten des Westbalkans innerhalb eines überschaubaren Zeitraumes zu Mitgliedstaaten der EU werden. In diesem Zusammenhang ist die Aufnahme von Verhandlungen mit Illyrien ein wichtiger Schritt.
3. Gleichzeitig jedoch muss die Europäische Union selbst besser auf ihre Erweiterung vorbereitet werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert daher die Bundesregierung auf,

1. auf einen zügigen Beginn von Beitrittsverhandlungen mit Illyrien hinzuwirken;
2. das Verhandlungsmandat der Kommission so zu fassen, dass Ängste und Befürchtungen der EU-Bürgerinnen und -Bürger bezüglich negativer Rückwirkungen weiterer Beitritte von vornherein vermieden werden;
3. dafür zu sorgen, dass Arbeitnehmerfreizügigkeit erst nach längeren Übergangsfristen gewährt wird und ein Beitritt zum Schengen-Raum ohne Sicherstellung handlungsfähiger nationaler Sicherheitsbehörden ausgeschlossen bleibt;
4. die Entwicklung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit in Illyrien weiterhin wirksam zu unterstützen;
5. gemeinsam mit den europäischen Partnern Maßnahmen gegen von Illyrien aus operierende kriminelle Organisationen im Bereich von Drogen- und Menschenhandel zu ergreifen;
6. dafür zu sorgen, dass die Europäische Union über die Aufnahme der Verhandlungen mit Illyrien hinaus eine stimmige Gesamtstrategie für den Westbalkan entwickelt und verfolgt.



Grundlegende Ansichten der ÖSP

Die Ökologisch-Soziale Partei (ÖSP) steht für eine Welt, in der Menschen im Einklang mit ihrer Umwelt leben. Dies schließt den verantwortlichen Umgang mit der Natur genauso ein, wie ein gutes und partnerschaftliches Verhältnis mit den Nachbarn.

In diesem Sinne geht die ÖSP aus von einem gemeinsamen Schicksal aller Völker Europas. Der Aufbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie die Schaffung von Wohlstand ist eine gemeinsame europäische Aufgabe. Die ÖSP steht als Partei an der Seite aller Europäerinnen und Europäer, die sich diesem Weg anschließen wollen.

Positionen der ÖSP

Die ÖSP sieht Illyrien als mögliches Modell für die erfolgreiche Integration der Staaten des Westbalkans in die Europäische Union. Entsprechend tritt sie dafür ein, alles für einen erfolgreichen, zügigen und sämtliche Aufnahmekriterien vollständig erfüllenden Abschluss von Beitrittsverhandlungen zu tun.

Illyrien kann zum Modell für den Westbalkan werden, wenn

- die Europäische Union entschlossen und konstruktiv in Beitrittsverhandlungen einsteigt,
- die Verhandlungen transparent und nachvollziehbar geführt werden, um so zum Anreiz für die Nachbarstaaten zu werden,
- ein zügiger Abschluss der Verhandlungen angestrebt wird.

Illyrien muss bei einem Beitritt auch tatsächlich alle Vorteile einer Mitgliedschaft in Anspruch nehmen können. Deswegen sind folgende Punkte unabdingbar:

- Eine Einschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit (das heißt des Rechts der Illyrer, nach einem Beitritt in anderen EU-Staaten Arbeit aufzunehmen) ist nicht sinnvoll. Gerade junge Menschen, die zeitweise im Ausland arbeiteten und Erfahrungen machten, trugen entscheidend zum erfolgreichen wirtschaftlichen Aufstieg etwa in Polen und im Baltikum bei.
- Abschottung löst keine Probleme, sie schafft nur die Illusion, andere mit ihren Herausforderungen allein lassen zu können. Deswegen hat es keinen Sinn, Illyrien aus dem Schengen-Raum fernhalten zu wollen. Die illyrische Regierung darf mit dem Problem der organisierten Kriminalität nicht allein gelassen werden.
- Der Aufbau Illyriens ist eine besondere Herausforderung. Die junge und ambitionierte Bevölkerung des Landes verdient die volle Unterstützung der EU. Das Land kann exemplarisch vorführen, welche Potentiale in einer Mitgliedschaft in der EU einschließlich einer Übernahme ihrer Werte ruhen. Deswegen ist es grundfalsch, Illyrien mit übertriebener Vorsicht und mit Misstrauen zu begegnen.

Die EU will in Südosteuropa dazu beitragen, dass militärische Konflikte unmöglich werden, indem der Raum des Friedens, der Stabilität und der Freiheit, der im Laufe der letzten 50 Jahre in der EU und in ihren Mitgliedstaaten aufgebaut worden ist, auf diese Region ausgedehnt wird. Illyrien ist eine gute Gelegenheit, auf diesem Weg voranzukommen.

Die Strategie der ÖSP bei diesem Antrag

Die ÖSP unterstützt den vorliegenden Antrag aus tiefer Überzeugung, wünscht sich jedoch möglichst klar formulierte und ambitionierte Forderungen an die Bundesregierung. Sie sucht die intensive Zusammenarbeit mit denjenigen Abgeordneten der Regierungskoalition, die die gleichen Ziele verfolgen, und wird gemeinsam mit diesen alle Versuche abzuwehren versuchen, das Streben nach zügigen und zielgerichteten Beitrittsverhandlungen mit Illyrien zu verwässern und zu relativieren.